

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

279 (29.11.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-455710](#)

36. Jahrgang

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementpreis für einen Monat 320.00 Mark, dazu 20.00 Mark Versandkosten, bei Abnahmen von der Expresslinie 230.00 Mark, dazu die Post bezogen vierzehntäglich 69.00 Mark, monatlich 230.00 Mark zusätzliche Versandkosten.

Republik

Preis 10 Mk.

Bei den Infernien wird die einschlägige Willkürzeitung oder deren Name für alle Inferni in Klüppingen - Willkürzeitungen und Umgegend mit 9.00 Mk. berechnet. Für einzelne auswärtige Inferni 12.00 Mk. für Angaben im Rahmen selbst für die Willkürzeitung • 50.00 Mark zu entrichten.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 54

Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, 29. November 1922 • Nr. 279

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 54**Der Streit um das Petroleum.**

Wenn es sich um Erdöl handelt, wird der Amerikaner, der sich sonst um die Streitigkeiten auf dem alten Kontinent nicht zu kümmern vögelt, lebhaft. So war es in Genoa, so im Haag, und so ist es auch jetzt in Lausanne. Selbstsam, wie rasch man sich auf dieser Orientkonferenz zum Kernpunkt der Frage durchgearbeitet hat. Das Problem ist heute weniger die Abgrenzung der Türkei nach Europa hin. Es ist nicht mehr in erster Linie die Meerengefrage, sondern Englands territoriale Ansprüche in Kleinasien stehen im Brennpunkt. Aber wie? Hat England überhaupt territoriale Ansprüche im Kernlande des ehemaligen Osmanischen Reiches? War Englands Ziel nicht lediglich die Befreiung der Kremländer vom osmanischen Yoch? Da England nicht der Verteiler jener Karabärlämme, die im Reich der mesopotamischen Tiefebene wohnen, und hat es dort nicht unter Jesail ein arabisches Königreich gegründet?

Das alles sind Tatsachen. Selbstverständlich, wie ja auch das kleine Osmanische als das ägyptische Königreich eine erstaunliche, höchst würdige Tatsache ist. Aber nebenbei gibt es in Mesopotamien eine Bagdad-Bahn, die einmal die englischen Teile Aegyptus mit Britisch-Indien verbinden soll. Nebenbei gibt es dort die Erdölländer von Mosul. Und was läge England an einem arabischen Königreich in Mesopotamien, wenn dem nicht so wäre! Und so ist Mesopotamien zwar kein britisches Kronland, aber keine andere Macht als England darf es wagen, seine Hand nach diesem Gebiet auszustrecken.

Die Regierung von Ingorsa hat trotzdem die Rücksicht beobachtet, das zu tun. Als die Griechen im Ägäischen Meer zu baden anfingen, ließ Kemal Pasha durch einen Handstreich das Gebiet von Mosul belegen, und man sah, dass das nicht ganz ohne Einverständnis mit den eingeborenen Arabern gelöscht. Auf dieser Tatsache ruht die türkische Delegation in Lausanne, wenn sie auf Mosul Anspruch erhebt. Es handelt sich also um einen türkisch-englischen Konflikt, wie ja die ganze Konferenz eine türkisch-englische Angelegenheit ist, bei der Frankreich seine mesopotamischen Talente spielen lässt.

Zudem erscheint jetzt Amerika als vierter Gegenspieler vor der Rampe. Es erscheint, weil es erscheinen muss, erschossen, weil sein Schildwirt aufgerissen wurde: Erdöl! Vor dem Weltkrieg lieferste Amerika 60 Prozent der geliehenen Erdölproduktion. Seine Erdölländer liegen in den Vereinigten Staaten, Rumänien, Galizien, Indien und Mexiko. Aber bereits vor Beginn des Krieges trat England als schwerer Konkurrent auf, als ein Konkurrent, der in Zukunft einmal das Rennen machen konnte. Die englischen Quellen in Persepolis und Holländisch-Indien, vor allem geben England einen großen Vorprung. Während man den amerikanischen Hauptquellen eine Blütezeit von nur noch 20 Jahren gibt, scheinen die englischen Quellen fast unerschöpflich. Amerika muhste sich also nach neuen Quellen umsehen.

Nach dem Kriege haben sich die Vereinigten Staaten bemüht, überall wo, wo Erdöl austroeft, sich eine Monopolstellung zu schaffen. So hat es seine Stellung in Polnisch- und Österreich-Galizien von neuem bestätigt. Es hat sich in Persien wie in England einen gewissen Einfluss gesichert. Es streitet mit England um die Erdölkommenden im Raum Latakia, trotz seiner prinzipiellen Gegnerlichkeit gegen ein wirtschaftliches Zusammenschließen mit den Sovjeten, es versucht, an die englisch-holländische Erdölgemeinschaft in Holländisch-Indien heranzutreten (Washingtoner Abdankungs konferenz).

Wenn die Vereinigten Staaten jetzt ihre Interessen in Mosul anmelden, so ist das durchaus kein neuer Schritt, und nichts wäre verfehlter, als hieran die Vermutung zu knüpfen, Amerika beabsichtige, sich wieder aktiv an der europäischen Politik zu beteiligen. Amerika bemüht damit lediglich den Schlüssel, den ihm die Nichtanerkenntnung der Friedensvereinigung ließte. Amerika ist bekanntlich ein Feind der europäischen Kolonialpolitik. Es verfolgt konsequent die Politik des Orients, die allen Staaten in den Kolonialländern dieselben Rechte schert, wie den Besitzer resp. den offenen oder verschleierte Protestant, selbst Englische und amerikanische. Letztlich steht also in Mosul gegenüber: Sie kreuzen die Klänge, weil sich hier die Wirtschaftsbündnisse beider Staaten auf engem Raum reiben. Es ist aber nicht angemessen, dass es deshalb zu einem Konflikt kommt. Amerika verzerrt bewusst auf eine friedliche Lösung der geliehenen Erdölländer hin, von der die Frage von Mosul ja nur ein kleiner Ausschnitt ist. Und England hat sich bisher immer bemüht, diesem Ausgleich zweiseitiger Schriften entgegenzuhalten. Eine andere Frage ist allerdings der Streit zwischen Ingorsa und England um das Mandat über das Gebiet von Mosul. Ob England in dieser Frage der amerikanischen Politik folgen wird, und in gegenseitiger anderen Form seine Interessen trocken zur Fertigung zu bringen, ob es es nicht an dem Besitzer

festhält, ist zweifelhaft, ebenso wie die weitere Haltung Kemals Pashas. Die Frage von Mosul ist der Brüderstein, an dem es sich zeigen muss, ob eine friedliche Regelung des kleinasiatischen Problems für eine längere Spanne zu erwarten ist.

Kritik an Versailles im englischen Unterhaus.

Das liberale Parlamentsmitglied Collins trat im Unterhaus für die Strickung der alliierten Schulden und für den Verzicht Großbritanniens auf seinen Anteil an den deutschen Entschädigungszahlungen auf und logte, der Vertrag von Versailles, den der Premierminister höchst unterschrieben habe, treibe Europa in den Bankrott. Das Arbeitsermittlungs-Motiv lagte, ein Fleck von unermüdlicher Treue wurde damit begangen, das Reichland der Deutschen Konferenz ausgeschlossen wurde, denn es sollte kein militärischer Vertrag zur Lösgung der Orientfrage ohne Befestigung an der Konferenz am meisten interessierte Parteien gemacht werden. Die augenblickliche Lage ist, dass England der Gottsitz von Versailles. Die Ukraine müsse zwar weiterhin die Grundlage der britischen Außenpolitik sein, das Land werde jedoch bei einer weiteren militärischen Befestigung Deutschlands nicht mitsummen. Noel trat dafür ein, dass, abgesehen von der Wiederherstellung des vermüllten Gebiets, England sämtliche Reparationen streichen müsse. Die Arbeitspartei sei für entsprechende Renditionen der Friedensvereinigung.

Der steuerschene Kapitalistenblock in Frankreich.

In außerordentlicher Sitzung hat die Finanzkommission der französischen Kammer der Deputierten die Finanzminister für das Budget 1923 aufgefordert, der bis Montag der Kammerversammlung zu präsentieren. Der Kammerversammlung ist durch finanzielle Verantwortlichkeit befreit. Von den Deputierten ist infolgedeck von 1923 Millionen, die der Minister für die Rentenversicherung erneut hat, nur 700 Millionen gutgeheissen. Noel meinte, wie folgt: 800 Millionen auf Rentenversicherung und 150 Millionen auf Steuereinnahmen, 200 Millionen auf Sicherung mobiler Werte.

Die steuerschene Schatzkammer des französischen Industrie-Kapitalismus hofft also, dass die Hälfte derjenigen Steuern gestrichen werden, die ihnen aufzugeben eine nemenswerte Belastung aufzuerlegen sollten.

Zum Streik der Berliner Schauspieler.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Berliner Schauspieler haben ihre Streikdrohung wiedergemacht, nachdem die neuen eingesetzten Verhandlungen daran geheißen haben, dass die Bühnenleiter der Bühnenkunstvereinigung nicht berücksichtigt würden. Am 1. Januar 1923 trat die Bühnenkunstvereinigung ihrer Alten Abteilung, die blieben auch jetzt dabei. Sie forderte die preußischen Bühnenkunst nicht berücksichtigt. Nicht kommt aber unserer Alten Abteilung, doch noch keinen Entschluss. Seine preußische Bühne weiter zu erhalten. In kleinen Städten und legenden Ortschaften ist das Theateramt nicht für die Bühne, hat er sich nicht nur die Räumung und Verhandlung seiner Bühnenvereinigung erworben, sondern mit seinen Bühnenstoffen und Bühnen peripherie, Tafeln-Brettern, den et al. ununterbrochen seit 1880 im Reichstag vertreten, in er für die Bühnenkunst und Bühne „unter alter Freiheit“. In den letzten Jahren wurde er von schwerer Krankheit beengt, aber der Kamm der Arzte und seine eigene Lebens- und Wissenschaft haben ihm den alten Kämpfer erhalten. Am 11. Januar in J. G. Weiß, Frei! Bühne 75. Geburtstag. Mag er sich respekt ein, noch lange über diesen Tag hinweg in unerschütterlicher Freude für unsere große Sache weiterzumachen und dann dieses wie höher den Jüngern als Vorbild zu dienen.

Solidarische Rotting. Wegen des Vorfalls in Ingolstadt (Demobilisierung eines Studententeams), wobei ein englischer Offizier leicht verletzt wurde, hat dessen Regierung in Berlin Verhandlungen eröffnet. Das neue griechische Kabinett wird von Oberst Okhridas, Sohn der revolutionären Komitees, prädiert. Das soziale Komitee ist so gut wie aufgelöst. Der Staatssekretär hat auf Beschluss der Deutschen Nationalen Jugendverbands das Verbrennungsvorbot des Ministers des Innern aufgehoben.

Papierwucher und Zeitungspreis.

Seit langem ist es bekannt, die Not in der deutschen Presse wird täglich fühlbarer. In unheimlicher Eile heilen die Preise für die Notzeitungen, die zur Herstellung einer Zeitung benötigt werden. Bekommt die Papierpreise erleben eine so sprunghafte Entwicklung, dass kaum eine Zeitung noch in ihrer Lage ist, von heute mit morgen gelegentlich ihre Preisstaffel zu bestimmen.

Trotz Öl-Krispe, in Vorfrühsgegenen mit 20 Pf. wert, wiegt in den ersten Oberhäusern mit 35 Pf. bezahlt werden und schnell bereits in der zweiten Oberhälfte mit 30.000 Pf. finanziert. Im November wird das gleiche Komitee Zeitungspreise schon mit 187 Pf. bezahlt und für Dezember in einem weiteren wichtigen Steigerung auf 250 Pf. in Aussicht gestellt.

Die Worte des Staates hat bisher gegenüber diesen grokhaptistischen Preissteigerungen vollkommen verjagt. Ob es ihr gelingt, die Spekulation mit dem Schaf auf den deutschen Preis zu gebieten, hängt ganz von dem Preis ab, mit dem besonders die österreichischen Arbeitnehmer ihre eigene Presse unterstützen. Keine Zeitung kommt um neue Monatsentwicklungen herum, aus unter Welt nicht. Angelass des fabrikalen Gewerbes der Republik und Deutscher sieht es sich genötigt, den Monatsentwicklungen für Dezember wesentlich herunterzulegen. Das Papier auf mindestens den 1150-Jahre des Vorfrühspreises gefestigt! Den allen sonstigen unvorstellbaren Ausgabenentwicklungen kann abnehmen!

So schwer es auch richten wie unter Reifer und Feuerbitten, gerade jetzt ist der alten Lösung der Berater zu erkennen, die sich in allen Räumen beschäftigt hat: Es gilt Opfer zu bringen für die Überzeugung, Opfer für die große Sache, die mir dienen mit allen Opfern unseres Seins!

Die Frage ist, ob die Ökologialistin, die die Papierrevolution kontrollieren, mit ihrem Besitzer Schaf haben fallen, die sozialdemokratische Presse niedergurten, oder ob nicht vielmehr die deutsche Sozialdemokratie in allen Komitees, die die Herausforderung bearbeiten mit dem Papier: „Wir erk redet! Wir lassen und unter möglich erforderlichen Vorbehalt nicht rauken! Wir wollen alle Befreiungen, um der Arbeiterschaft ihre politischen Sommerfeiern in hoher Stärke zu erhalten und sie auszubauen!“

Die Frage ist, leicht für bestimmt! Wie sind überzeugt, dass die Gewerke in ihrem Güter für die Papierseite nur hinzugekommen, und das auch im Zusammenhang damit, dass den alten Befreiungen zu erhalten und neue Reiter hinzugekommen!

werden, ferner das Deutsche Opernhaus, das Theater am Rollenbühnen und einige kleinere Bühnen. Der Bühnenverein hat mit fauliger Entschuldigung gedroht, sollte der Staat sich so förfliche. Die Bühnenkunst nicht wieder anerkennen, dass auf der Bühne beständig mit Bierkantinen-Musik unter Buhmung der prominenten Familien nicht werden. Sie versteht auch darauf, dass die Straße gefüllt ist, nodden erst vor kurzem die Helfende Stiftung in Münchberg für 35 Millionen Mark verkaufen werden, und sie ist fest entschlossen, den Streit bis zum Siegreichen Ende durchzuführen.

Politische Rundschau.

Oberst v. Graefe und der Parlamentarismus. Abgeordneter v. Graefe stellt in der Telegraphen-Union fest, dass er sich gegenwärtig einer Reihe in München als jüdischer Komplex des Parlamentarismus und der jungen heutigen Parlamentarismus befand hat und nur hingefügt habe, ob man durch diese grundtägliche Gegnerheit sich nicht zu einem Vergleich der Waffen drängen lassen darf, so lange der heutige Parlamentarismus besteht... Genau so argumentiert bis aufs Jüngste der Parlamentarismus.

Luging des demokratischen Parteiausflusses. Im Reichstag trat der Vorsitzende der Deutschen demokratischen Partei zu einer Tagung zusammen. Angenommen wurde ein Antrag des Vorsitzenden, der eine monatliche Kopftaxe an die Reichs geschäftsstelle von 15 Mark vorschreibt und einen Monatsbeitrag amtiert. Die Deputierten stimmten wie folgt: 800 Millionen empfohlen. Die Verhandlungen, die sich auf die außenpolitische Einigung und auf das Wirtschaftsprogramm der Reichspartie erstreckten, waren vertikalisch.

50jähriges Bühnenjubiläum Frei! Bühne. Am gestrigen 28. November feierte Frei! Bühne sein Jubiläum auf eine ununterbrochene 50jährige Parteileistung zurückzuführen. Schon 1877 trat Bühne für die Befreiung des Allgemeinen Arbeitervereins ein. Wie viele seiner älteren Alten, so blieben auch Frei! Bühne die preußischen Bühnen nicht berücksichtigt. Nicht kommt aber unserer Alten Abteilung, die blieben auch jetzt dabei. Sie forderte die preußischen Bühnen nicht weiter zu erhalten. In kleinen Städten und legenden Ortschaften ist das Theateramt nicht für die Bühne, hat er sich nicht nur die Räumung und Verhandlung seiner Bühnenvereinigung erworben, sondern mit seinen Bühnenstoffen und Bühnen peripherie, Tafeln-Brettern, den et al. ununterbrochen seit 1880 im Reichstag vertreten, in er für die Bühnenkunst und Bühne „unter alter Freiheit“. In den letzten Jahren wurde er von schwerer Krankheit beengt, aber der Kamm der Arzte und seine eigene Lebens- und Wissenschaft haben ihm den alten Kämpfer erhalten. Am 11. Januar in J. G. Weiß, Frei! Bühne 75. Geburtstag. Mag er sich respekt ein, noch lange über diesen Tag hinweg in unerschütterlicher Freude für unsere große Sache weiterzumachen und dann dieses wie höher den Jüngern als Vorbild zu dienen.

Solidarische Rotting. Wegen des Vorfalls in Ingolstadt (Demobilisierung eines Studententeams), wobei ein englischer Offizier leicht verletzt wurde, hat dessen Regierung in Berlin Verhandlungen eröffnet. Das neue griechische Kabinett wird von Oberst Okhridas, Sohn der revolutionären Komitees, prädiert. Das soziale Komitee ist so gut wie aufgelöst. Der Staatssekretär hat auf Beschluss der Deutschen Nationalen Jugendverbands das Verbrennungsvorbot des Ministers des Innern aufgehoben.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Nach dem Daily Express hat Doctor Law die Breiterkeitsmuster großen Eisenbahnlernungen aufgefordert, sofort mit ihm in Erörterungen über große Eisenbahnlernungen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit einzutreten. Ein besonderer Aufschwung des Kabinettes ist damit beschäftigt, weitere Vorschläge für Arbeitslosen nationalen Nutzen zu machen.

Judenverfolgungen in Polen.

In Polen bildet sich „Stachrupps“ zur Misshandlung und Entzündung von Juden. In Gemburg und Krakau wurden im Anschluss an Studentenversammlungen jüdische Akademiker verprüft. Eine Studentenversammlung in Warsaw verlangte, dass nicht mehr als 11.000 jüdische Studenten zur Universität zugelassen werden sollen.

Gegen Tanzwut und Alkoholmissbrauch.

Das preußische Staatsministerium bereitet gegen einen Gesetzentwurf gegen die Tanzwut und Alkoholmissbrauch vor, der für ganze Preußen eine strenge Tanzkontrolle für Cabaret, Bars und Discos und eine Einschränkung des Alkoholmissbrauchs vorsieht.

Butter- und Milchhöchstpreise in Sachsen.

Die jüdische Regierung hat für Milch und Butter Höchstpreise festgesetzt, um den Widerstand gegen hohen Rohstoffpreise entgegenzuwirken. Sachsen hat auf höchstens 70 Mark, Magdeburg und Bitterfeld auf höchstens 35 Mark, die Butter auf höchstens 700 Mark, bei Wittenberg auf 720 Mark fallen. Auch für Butter und Margarine sind Höchstpreise festgesetzt.

Der Schwarzwald eingeschneit.

Das Solingen wird gemeldet: Wölfe eingeschneit in den Schwarzwald. 25 bis 30 Rentiere wurden im Schwarzwald getötet. Die Temperatur beträgt 5 Grad unter Null. Rentiere können diesen Bereich nicht ausweichen.



Poincaré's Pläne.

Die französischen offiziellen Mitteilungen über den sogenannten Brüsseler Plan enthalten den ungedeutenen Ernst der außenpolitischen Lage. Eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands stellen sie indes noch nicht dar.

Die optimistische Auffassung der Lage wäre ungefähr die folgende: Frankreich würde auf seine Verbündeten einen Druck ausüben, um von seinen Forderungen an Deutschland möglichst viel zu retten und sich selber unterteilen von der Luft zu schützen. Auf England und Amerika zu bestreiten. Zu diesem Zweck möchte ich abschließend überzeugende Vorstellung, um beim Abhandeln immer noch gut ausgemacht und Wertvolles einzufügen zu können. Daraus geht Frankreich aufs Ganze. Es fordert die Annexion der Rheinländer und die Offuppation des Ruhrgebietes, eben selber zu glauben, doch daraus etwas wird. Diese optimistische Auffassung wird auch bestätigt durch die Stimmen vieler Pariser Blätter, die meinen, Poincaré, der seine Herrschaft sehr lebt, müsse einmal wieder den wilden Mann spielen.

Das ist, wie gesagt, diejenige Auffassung, der man sich bei weitergehenden Optimismus hingeben kann. Womit auch ich aber dann noch weiter fragen, was aus den französischen Forderungen werden wird. Dabei ist zunächst vorzusehen, daß Frankreich im Sinne mit seinen Verbündeten und seine Schritte ohne deren Einverständnis unternimmt.

So auch man sich allerdings sagen, daß Frankreich Stellung im Norden der Alliierten zunächst weniiglich gehörte. Russland, Italien, den man allerdings nie wissen kann, was er morgen mögen wird. Ich sehe deutl. und klar, mit den Franzosen in rücksichtlicher Reparationsfähigkeit gegen Deutschland zu wetteifern. Ob Belgien, das beiden verhindert und nach wirtschaftlichen Belichthüpfen orientiert ist, noch handhaben könnte, wenn Frankreich und Amerika einig wären, ist fraglich. Dann bleibt nur noch England hinter ihm mit einer erheblichen Annexionsschwäche. Japan und die Vereinigten Staaten. Von diesen drei Wählern ist nicht anzunehmen, daß sie unter irgendeinem Umständen in eine Annexion der Rheinländer und eine militärische Beleidigung des Ruhrgebiets einzumachen würden. Aber zwischen den offenen Annexion und dem entziffernden Widerstand gibt es verschiedene Möglichkeiten, deren Bekämpfung in Deutschland nicht verkannt werden sollen.

England ist im Osten. Osten läßt sich bedroht. Es kann nicht Süden und Norden unter komplette Oberhoheit kommen lassen, ohne als Weltmacht abhanden zu treiben. Frankreich kann man sich nicht darauf beklagen, daß England in äußerster Fall zu äußerster Widerstande gezwungen würde, um die Verstärkung der französischen Macht zu verhindern. Und auch dann, wenn es sich nur um ein zweifelhaftes Schwellerevent handeln würde, hinter dem die Macht eines so wichtigen Gegenstücks steht, so wäre manchen doch die Veränderung Deutschlands vollständig entzweit.

Die neue deutsche Reichsregierung ließ sich auf diese Weise vor einer überaus schwierige Aufgabe gestellt. Nebenmann in Deutschland, wie immer er endg. an dieser Regierung stehen mag, muß möglichst bald die 251. Auflage dieser Ausgabe legen. Denn das Wählen würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als das Ende des Deutschen Reiches. An einem Teil der bürgerlichen Presse kommt man bis zur letzten Regierungskraft, immer wieder lesen durch den Kontakt der Deutschen Volkspartei, in die Regierung würde die angloamerikanische Ringe, Deutschland geführt. Ausgeförderte war von der Meinung der französischen Industrie, daß mit der deutschen Industrie Friedlich zu verhandeln, sobald diese erst mehr Erfolg auf die Reichsregierung genommen habe, sehr viel leichter. Diese Prognosetexte haben erkannt. Die französische Imperialismus hat eben seit dem Regierungsmeldel in Deutschland einen neuen Hochpunkt seiner Brutalität erreicht. Russland wäre es, die Krone zu erkennen, ob Herr Poincaré es riskiert hätte, mit der gleichen Beweisung vorauszugehen, wenn die Meisterschaft nicht nach dem Norden gewesen wäre. Möglicher ist es, daß ebenfalls die Alliierten, denen man in Deutschland auf Basis des Regierungsmeldes hinsichtlich Frankreichs hingibt, unheimlich rasch verfolgen, und es ist nur zu hoffen, daß es mit den Befürchtungen, die man England und Amerika gegenüber hat, nicht ebenso gehen möge. Den einzigen es so, dann wäre das Jahr schlimm für uns alle. Eindeutigen sagen die Pariser Meldungen leicht, ob Herr Poincaré eine Aktion nicht in Betracht ziehen. Es steht also auf die Karte, und es kommt alles hervor an, daß diese Zeit richtig ausgenutzt wird.

Am Donnerstag tagt der Auswärtige Amtschef des Reichsgerichts, für den eine recht harmlose Tagessitzung vorgesehen war. Nach den Pariser Befürchtungen ist wohl zu erwarten, daß die neue Reichsregierung und der neue Reichsaußenminister nun im Auswärtigen Amt erscheinen werden, um zu sagen, wie sie über ihre Aufgaben des nächsten Zukunft denken.

Die Folgen der K. P. D.-Aktion.

Der Reichsberichtsreferent der Kommunisten ist aus. Die "Folge" beginnen zu reißen. Die Unternehmer räumen sich durch, daß die Delegierten mangelhaft. So wird aus London erhalten und gemeldet, daß die Direktion der Sozialen Union und Gewerkschaft, die von den Delegierten gewählt, Delegierte zum Reichsberichtsreferenten fristlos entlassen hat. Die Belegschaft ist deraufhin in den Abwesheitsstreik getreten.

Die "Folge" des Reichsberichtsreferenten ist aus. Die Kommunisten den Betriebsreferenten haben die Kommissionen mit dem nötigen Taktum zusammengestellt. Alle Ernennungen der Gewerkschaften wurden in den Wind geschlagen. Der Kongress wurde einberufen und jetzt liegt die erste Ordnung des kommunistischen Organisationsbüro des Reichs. Abwehrstreiks werden in den wenigsten Industriezweigen, und darunter auch von den Arbeitern gefordert, die Gewerkschaftsführer zu erinnern, den der Betriebsreferenten angeordneten Kauf rückfällig zu unterschreiben. Das ist keine Methode, die immer dann von den Kommunisten angenommen wird, wenn sie Dauerkonflikte begonnen haben, durch die ihre gewerkschaftlichen Radikalen ins Blaue gelagert werden. Sicher wird über die Gewerkschaften gekämpft.

Die Gewerkschaften haben noch nie die schwerwiegenden Kosten der kommunistischen Tarif im Sinn gelassen. Sonder regelmäßig weiter gefordert, daß ihre Zusage verfehlt wird. Sie werden sicher aus dem Lager des Reichsberichtsreferenten. Ihre Unternehmung nicht verloren. Die Arbeiterschaft aber sollte auch aus dem Bildungsreferenten Tarif lernen, doch nicht mit dem Tarif gegen die Gewerkschaften, sondern auch mit dem Tarif gegen den Gewerkschaften gegen kapitalistische Ausbeutung und konzentrierte Kapital. Rache für sonstige Verhältnisse.

Unterstützte Erwerbslose im Oktober.

Heutlich wird mitgeteilt: Die Zahl der unterstützten Gewerkschaften hat im Oktober 1922 die erwartete mögliche Summe erreicht. Sie ist vom 1. Oktober zum 1. November von 16.300 auf 23.000, jahrlich 15.000 männliche und 8.000 weibliche, gestiegen. Die Zahl der Unterstützungsangehörigen (unterstützungsbedürftige, Familienangehörige, Vollerwerbslose) liegt 27.000. Bei den Zahlen ist zu erläutern, daß nach den geltenden Bestimmungen nur ein Teil der Arbeitnehmer Unterstützung beansprucht. Immerhin ist unverfehlbar, daß vor manchen Seiten erwartete hundertprozentige Ausgangs- und Verhältnissegrade bisher nicht eingetreten sind. Gleichzeitig hat dabei die Witterung gezeigt, welche die Arbeiterarbeiten — Banken, Post, Eisenbahnen, Binnenschiffahrt — noch immer gezeigt. Für die Polizei wird mit einer weiteren schriftlichen Verfestigung der Tarifabschlüsse gerechnet werden müssen, einmal infolge des fast dreieinhalbjährigen Jahreszeit, jedoch infolge der Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Lage auf Grund der Währungsverhältnisse.

Überflüssige Kombinationen.

Günz grecische Minister hingerichtet.

(Eigene Berichte aus Paris.) Einheitlich Ankunft zu den verschiedenen Kabinetten. Die Kabinete sollen vorläufig auch die Bildungen, das die Reichsregierung in den Händen einer Reihe der französischen Regierung gelangt sei, in der darauf hingewiesen werden, daß, falls die Lösung des Reparationsfrage nicht durch solche Kabinetts der deutsche Regierung hergestellt wird, die Bänder zur Sicherung der Erfüllung ihrer Pflichten. Eine beratende Note ist höchst nicht in dem Bereich der Generalstaatssekretär. Die britische Regierung hat bereits eine Note des Kabinettskomitees, die bestellt erheben soll, gegen die drei deutschen Kabinete, um die Siedlung und die sofortige Streichung des Verlustes von 20 Milliarden Mark aus dem Außenhandelsbilanz verlangt, die nicht in Berlin eingesetzt.

Neue Löhne auf den Schiffswerften.

In dem Rohstoffstreit bei den Schiffswerften hat ein besonderer Schlichtungsausschuß im Reichsaußenministerium in der Hauptstadt die Beziehungen der Arbeitnehmer um rund 70 Prozent ob der ersten bis zur geltende Rechtsregelung folgende Lohnwoche ob bis zum 31. Dezember 1922 schied.

Cuno auf der Ministerkonferenz.

(Eigene Berichte aus Berlin.) Die Sache des Reichskanzlers und einem neuen Reichsverwaltungskomitee gehörte sich höchst schwierig. Der Kanzler ist seit dem Rücktritt des Herrn Müller-Komm. mit verschiedenen Parteikollegen bereits in Berlin getroffen, die aber gründlichst ablehnen. Die Befreiung des Reichsverwaltungskomitees macht insofern belastende Schwierigkeiten, als jetzt ein Mann gelöst wird, der auf dem Boden der Republik steht und der sich bisher, wenigstens nicht offiziell, gegen die geplanten Maßnahmen der verantwortlichen Regierung bestellt hat, andererseits aber das Berichterstattungsamt genauso soll. Das Herr Cuno diesen Mann findet, glaubt mir vorlänglich nicht; denn Berichten der Handwerksverbände werden nur solche Punkte, die die Republik im Grund und Boden verblammt und fügt gegen ihre Geltung in Wort und Schrift auflehnen.

Die Regierungshäfen alswie man den neuen Mann bis spätestens Donnerstag gefunden zu haben. Wir sind gespannt!

Das Schweinefutter im Anmarsch.

(Eigene Berichte aus Berlin.) Die Bestrafung beginnt wieder! Das Untergesetz für Besitzrechte hat bisher erst einen Absatz der seitens der Regierung bestellt, und kein weiterer. Wirtschaftsministerialer stand, bevor mehr daran, daß die Tiere aufzuhängen. 25 Minuten Tonnen von den Landwirten auch aus ganz größeren Teilen abgesetzten werden. Die Tierschutzgesetz mit geringen Änderungen einstimmig gutgeheissen. Der Ausschuss für Gesetzgebung hat, nach den Befürchtungen die Zusammenfassung der republikanisch-demokratischen Partei, die einzutreten für Durchsetzung und Ausarbeitung der republikanisch-demokratischen Verfassung, für Neubildung der Vermögens- und der Rechtslage, die Wirtschaftsminister und das Bildungsministerium zu verlangen. Er ist aber besser als ein Buchdrucker. Daher ist er gemeiner Buchdrucker behandelt werde, in uns nicht kommt. Der Ausschuss der Kommunisten wird darauf gegen die Sitten und Gebräuche abstimmen. Angenommen wird ein deutscherweiterer Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verfahrens des Wollsteiger und Wollseiden. Darauf verzögert sich der Konsens auf Mittwoch 12 Uhr.

für republikanisch-demokratische Politik.

Es wird uns geschehen: Die Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik heißt am Sonntag ihre erste Hauptversammlung ab. Die von Professor Schulze vorgelegten Mindestmaßnahmen und die von ihm entworfenen Satzungen werden nach eingehender Prüfung mit geringen Änderungen einstimmig gutgeheissen. Der Ausschuss für Gesetzgebung ist nach den Befürchtungen die Zusammenfassung der republikanisch-demokratischen Partei, die einzutreten für Durchsetzung und Ausarbeitung der republikanisch-demokratischen Verfassung, für Neubildung der Vermögens- und der Rechtslage, die Wirtschaftsminister und das Bildungsministerium zu verlangen. Der Ausschuss für Gesetzgebung ist nach dem anderen Mittwoch gegen die buntbrennenden und „Außenseiter“ produzierenden Landwirte, die Verhängung eines abschaffungsbefreienden Quantums. Warum erträgt man nicht in dieser Art diese Maßnahme?

Politische Umstürze in Bayern.

In München hat die unter Führung des ehemaligen Oberst von Eulander von der Mittelpunkt abgetrennte Gruppe ihre organisatorische Grundlage aufzugeben. Sie nennt sich „Bayerischer Reichsbund in Bayern“.

Der Bayerische Bauernbund hat sich auf seinem Parteitag in München der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes angeschlossen und den Namen „Bayerische Bauern- und Mittelstandspartei“ angenommen.

Besprechungen in Preußen.

(Eigene Berichte aus Berlin.) Am Dienstag fand in Berlin eine Besprechung der verbliebenen Oberzulässtigen statt, in der unter dem Minister des Innern auch der Wirtschaftsminister teilnahmen. Zur Beratung stand u. a. die Geldfragenfrage. Die Oberzulässtigen wurden dringend aufgefordert, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß die Getreideumlage zeitig ausgebracht wird. Bei der Besprechung der innerpolitischen Angelegenheiten wurde eine Anordnung, daß die Zulässtigen nicht mehr und mehr auf dem Land aufzuhängen. Die Zulässtigen könnten von den Landwirten auch aus ganz größeren Teilen abgesetzten werden. Die Tierschutzgesetz mit geringen Änderungen einstimmig gutgeheissen. Der Ausschuss für Gesetzgebung hat, nach den Befürchtungen die Zusammenfassung der republikanisch-demokratischen Partei, die einzutreten für Durchsetzung und Ausarbeitung der republikanisch-demokratischen Verfassung, für Neubildung der Vermögens- und der Rechtslage, die Wirtschaftsminister und das Bildungsministerium zu verlangen. Sie erhält die Zustimmung der Sitten und Gebräuche des Vororten Bobrikant, Bloch (Gremmendorf), Oberlehrer und Kaufmann, Wolfmann. Dazu treten als aufwachende Mitglieder des Vororten Bobrikant, Bloch (Gremmendorf), Oberlehrer und Kaufmann, Wolfmann, Klemm (Berlin), Schröder (Brandenburg), Stolze (Berlin), Schröder (Berlin), Kaufmann, Dr. Schröder (Wernigerode), Dr. Stärke (Berlin), Dr. Stärke (Neustadt) und Frau Weiß (Berlin).

Nach einer Ansprache über das Verhältnis der Gesellschaft zu den politischen Parteien wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik verzerrt aufs Schärfste das Verhältnis der Demokratie vor dem Vororten und des Zentralen, wie es es vorgegeben haben, mit den Kreisen des Schwerindustrie und dem Arbeiterschaft zusammengehangen. Sie erhält die Zustimmung der Sitten und Gebräuche des Vororten und des Zentralen.“

Ein Missverständnis.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker veröffentlichte in Nr. 130 vom 9. November eine Mitteilung, in der behauptet wird, daß durch die „Rundschau“ der sozialdemokratischen Partei des Steuerausschusses die Rechtsregelung der Steuerabrechnung unterdrückt. Das Schriftstück ist falsch. Das Sekretariat des Sozialdemokratischen Reichstagsausschusses hat deshalb die Reaktion des Vororten und des Zentralen auf die Befürchtungen der Demokratie aufzuhängen. Sie erhält die Zustimmung der Sitten und Gebräuche des Vororten und des Zentralen. In diesen Verhandlungen hatte sich der Finanzminister auf einen streng absteckenden Standpunkt gestellt. Es sollte keine Befreiung für die Regierung bestehen. Der Ausschuss für Gesetzgebung hat deshalb die Reaktion des Vororten und des Zentralen auf die Befürchtungen der Demokratie aufzuhängen. Sie erhält die Zustimmung der Sitten und Gebräuche des Vororten und des Zentralen. In diesen Verhandlungen hatte sich der Finanzminister auf einen streng absteckenden Standpunkt gestellt. Es sollte keine Befreiung für die Regierung bestehen. Der Ausschuss für Gesetzgebung hat deshalb die Reaktion des Vororten und des Zentralen auf die Befürchtungen der Demokratie aufzuhängen. Sie erhält die Zustimmung der Sitten und Gebräuche des Vororten und des Zentralen.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Man meldet aus Rom: Der Reichsfinanzminister für 1922 soll Mittwoch ausgesprochen werden. — Nach dem Rundschau-Teile, Anteile hat die russische Staatsbank aus Mangel an Papier auf Eisegeld verzerrt. Die Zahlungen auf laufende Rechnungen eingestellt. — Der Preußische Landtag beschloß sich am Dienstag mit zwei großen Anträgen, einer demokratischen und einer nationalen, über die Wiedergründung des Finanzministeriums und des bürgerlichen Parteien bis zum 1. Januar verschoben werden.

Mittagskurse.

Amerikanischer Dollar 8400
Holländischer Gulden 800
Englischer Pfund 32000
Dänische Krone 1885

Oppositionelle Taktik.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschehen: Seit der Bildung der Regierung Cuno ist die Sozialdemokratische Partei keine Oppositionspartei. Dass kann vor kein Zweifel sein. Wenn wir vor die Frage gestellt sind, ob wir zu dieser Meinung bestreiten haben, dann können wir nur antworten, dass wir kein Vertreten haben. Die sozialdemokratische Reichsregierung würde also keinen Antrag der Regierung Cuno auf die Verträge ausprägen, folgerichtig ablehnen. Nun ist aber der Brauch einer Regierung in aller Form das Vertragen auszuschließen, seit der Nationalversammlung das Verfassungsrecht abgeschlossen. Man beschrankt sich darauf, um eine bestimmte Erfassung der Regierung nicht billig oder nicht billig. Das ist ein Vertrauensvolumen, zu dem zu greifen man sich genötigt fühlt, weil bei den vermehrten parlamentarischen Verhandlungen abwechselnd bei allen Parteien Abrechnung dagegen befand, der Regierung sich der Vertretungen in aller Form aufzupredigen.

Man hätte um diesen Nothelos, dem eine gewisse Freiheitlichkeit anhaelt, herumkommen können, wenn man sich von demselben darüber geeinigt hätte, das legitimen Vertreterrechten im Parlamentsbrauch überhaupt gar nicht das hindern, was sie dem württembergischen Ausdruck nach zu sein scheinen. Wämlich in parlamentarisch regierten Ländern, in denen mit Vertreterrechten gearbeitet wird, bedeutete diese Voten in Wahrheit alles, als ob den Ausdruck eines reuevollen Vertretens. Ein Vertreuerchonstum nimmt man dort an, wenn man eine Regierung (der man im Grunde vielleicht noch sehr mihiere) vorsichtig das Leben ermöglichen will und man lehnt das Vertreuerchonstum ab, wenn man die Absicht hat, die Regierung sofort zu stürzen. Annahme oder Ablehnung des sogenannten Vertreuerchonstums ist dann kein Ausdruck der allgemeinen Meinung, mit dem man der Regierung genehmigt oder widerstreitet, sondern wie ein nach den Umständen gewähltes Mittel der Taktik.

In Deutschland ist man bisher gewohnt, sogenannte Vertreuerchonstum anders auszuführen und erkennt zu nehmen. Gepaute darum ist, wen gelangt, die Ausübung eigener Vertreuerchonstum im Rechtszug außer Acht gelassen.

Es blieben die sogenannten Billigungskomitees, die nur zu stimmen in Kenntnis der Regierungstellung nehmbar. Damit ist aber auch kein Ausweg geschaffen. Eine Regierung, die man aufs gründlichste mihiere, kann eine solche Entscheidung abgeben, dass man, ohne sich lächerlich zu machen, gar nicht daran kommt, sie zu billigen. Die wünschenswerte Führung unserer parlamentarischen Methoden ist also durch die Einschränkung der Billigungskomitees an Stelle der freien Vertreuerchonstum auch nicht erfolgt.

Daß die neue Regierung ihre erste Erfassung abgegeben hatte, konnte die sozialdemokratische Fraktion nicht sagen, ob sie diese Erfassung billigend oder nicht. Die Erfassung formte aus soliden Schätzungsfehlern bestehend, doch man gab sie aus, bevor verhandelt wurde, und man ebensoviel daran herauskommt, sie zu mihiieren, mag nun Billigung oder Nichtbilligung der schriftlichen offiziellen Absicht entsprechen oder nicht.

Was kommt nun über die tatsächliche Absicht der sozialdemokratischen Fraktion in der gegebenen Lage hin? Sie könnte darauf ausgehen, die neue Regierung solle wieder die Billigung ausgeschlagen, ob sie im Zweckfall lieber die Billigung ausgeschlagen als die Erfassung. Sie konnte ungeachtet die Absicht verfolgen, einen sofortigen Sturz der Regierung zu verhindern, damit zunächst einmal die Stunde aufs Beispiel gemacht wird und die neue Regierung zeigen kann, was sie vermag. In diesem zweiten Fall mühte die sozialdemokratische Fraktion ihre Taktik so einrichten, daß die parlamentarische Erfassung der neuen Regierung nicht sofort unmöglich gemacht wird.

Der Sturz der neuen Regierung hätte entweder unabkömmliche Wirkung gehabt oder aber die Notwendigkeit für die sozialdemokratische Fraktion, ihre bisherige Haltung zu ändern und dadurch die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der großen Absicht zu ermöglichen. Hat eine andere Lösung in die politische Lage nicht eft? Daher kann die sozialdemokratische Fraktion kaum etwas anderes üben, als die neue Regierung so lange zu dulden, bis die Möglichkeit zur Schaffung einer besseren Regierung gewonnen ist. Das ist kommunalistische Taktik: Mit der Arbeitereingliederung in der gegenwärtigen Situation ist die Regierung bestreitbar. Mit der Arbeitereingliederung ist die Arbeitereigenschaft keine Grundlage, unterkapitalistisch hätte die Arbeitereigenschaft keine Grundlage, unterparlamentarisch hätte die Arbeitereigenschaft keine Grundlage, unterkommunistisch eine solche Grundlage erst recht nicht. Verwertung ist schwierig, aber es kann geschehen. Mit der Wahl des Vorstandes, der sich aus zwölf Mitgliedern zusammensetzt, und als dessen Vorstande Kroll und Froh jungieren, wurde der Verband geschlossen.

Nur alleben geht berher, daß auslängung nichts anderes übel ist, als die neue Regierung auf einem vollständigen Ausdruck zu gebrauchen — eine Wille zu erhalten zu lassen. Sie muss erst gezeigt haben, was sie kann und was sie nicht kann. Sie muss sich erst vor den anderen Staatenleuten und unchristlichen Mäzen als eine ehrliche konservativ-kommunistische Regierung demonstriert haben, bevor sie zum Sturz gerufen wird. Die sozialdemokratische Fraktion muh in Kampfstellung zu dieser Regierung stehen, aber sie muss selber den Zeitpunkt wählen, in dem sie zum endgültigen Schlag ausholt.

Zur Lage in Oberschlesien.

Am Rande des Sommers beschuldigte die polnische Regierung Deutschland beim Rößlerkampf, die polnische Minorität in dem bei Deutschland verbliebenen Teile Oberschlesiens vernichten zu wollen, indem man durch Terrors die polnische Oberschlesien zu vertreiben habe. In einer unkonventionellen Note, die die deutsche Regierung am Sonnabend dem Generalstaatsrat des Rößlerkampfes in Genthin überreichen ließ, werden die polnischen Beschuldigungen auf Grund wichtiger Meldungen hinreichend widerlegt. Die deutsche Note enthält eine Darstellung der polnischen Unterwerfung gegenüber den Deutschen des oberdeutschen Wohlhabungsgebietes, die nicht weniger als 100 000 Deutsche und den polnischen Teile Oberschlesiens ausmachen. Allerdings ist in der Zeit vom 29. Mai bis 3. Juni wurden 100 000 oberdeutsche Bürgertum durch das deutsche Heer ausgewiesen. Demgegenüber gibt selbst der Seiter der polnischen Bürgertumsgesellschaft in Oberschlesien die Zahl der polnischen Bürgertumsgesellschaft in Oberschlesien für die deutschen Bevölkerung Oberschlesiens für Unterwerfung sonst an den Deutschen wie auch an der polnischen Bevölkerung haben aufzuhören kommen lassen. Ich erkläre. Die deutsche Note sollte darauf hin, daß noch der Übernahme der Regierungskompetenz durch Deutschland, der Republikat, auf unbestimmte Zeit kommt, durch rücksichtloses Durchsetzen gegenüber Organisierungen, die politisch gekennzeichneten Teiles der Bevölkerung. Lauterlich ist von der deutschen Bürgertum im oberdeutschen Bezirk im Monat Juni insgesamt 300 000 Personen festgestellt worden, dass 100 000 wegen Menschen gegen Angehörige der polnischen Minoritäten; für August sind die entsprechenden Zahlen 300 und 150. Dieses Muster, vorgehend, das Bürgertum hat die 100 000 den Beweis der Bevölkerungsverschiebung eingetragen, aber dadurch ist keiner ausgewiesen und Odmund in den Überstießen wieder eingeschritten und das Bevölkerung aus der polnischen Bevölkerung wiederhergestellt worden.

Was der polnischen Formel betrifft, daß Deutschland die übernommene Herrschaft, Mindestenschulen einzurichten, nur monatelang durchführen, so weiß die deutsche Note auf eine Bekämpfung, die der Regierungskompetenz in Oberschlesien bereits am 4. August erlassen hat, dass, wenn in einer Zeitspanne von drei Monaten und unter Ausbildung möglichst leidloser Anstrengungen, gegen ähnliche auf Errichtung polnischer Mindestenschulen oder Klassen an die Regierung in Oppeln eingezogen sind.

Begehrung nach Ministerposten.

Die Deutschenationalen legen das Werben um die neue Regierung fort. Nachdem ihr Wunsch, dem Abenteuer Cuno ein Bevölkerungsproblem entsprechen, von den anderen Parteien absezt wurde, treten sie an den neuen Ministerposten mit allerlei Anregungen heran, die einen Begehr nach Ministerposten kostet. Die Deutschenationalen Tageszeitung legt z. B. Herrn Cuno dringend auf Herz, sich um Gotteswillen bei seinen Entscheidungen nicht von dem Wunsche nach den großen Positionen leiten zu lassen, sondern für seine staatliche Arbeit die Sorge nach noch diesen Positionen zu haben, um seine Regierung so einzurichten, als ob sie und seine andere zu der schwierigen Regierungsschaffung heran kämen. Der Sinn dieser Anregung beruht auf dem Wunsche, dass sie in Zukunft nicht von der Führung der Sozialdemokratie leiten lassen. Das steht natürlich daran, daß die Deutschenationalen bereit sind, bei Wissensmangeln, wenn sie werden können, die Deutschenationalen redet in seinem Referat über die Kommunalbeamtenfrage im Z. D. S. sehr energisch mit dem Begriff, ob der seine Mittel seien, um seine immer schwächer werdende Position zu bekräftigen. Die Beamtenchaft erkennt aber immer mehr, daß Standesorganisationen nicht in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Bürgermeister Schumann forderte die sofortige Regelung des Beamtenrechtes durch das Reich entsprechend Art. 50 der Reichsverfassung, die Bezeichnung der Kommunalbeamten mit den Staatsbeamten und eine Regelung des Entlohnungsrechtes der Gemeinde nach Bevölkerung, nicht aber nach der Abschlußprüfung einer Schule oder einer Hochschule. Ferner forderte er die Einziehung der Beamten an den Verwaltungsausschüssen der Gemeinden und die Wahl der Beamten durch die Stadt- oder Gemeindevertretungen. Eine in diesem Sinne laufende Entwicklung kann einflussreiche Einflußnahme auf die Abschaffung des Reichsverfassungsvorhabens, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den direkten Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G. d'Annunzio. Der Kaiser schrieb am 11. in dem überzeugten Vertreter empfohlen. Vereinbart ist, daß zusammen, daß alle Fortbewegungen der Seeleute den Sozialen oder dem Staat (1) gemeinsam erst die Zustimmung eines Vertreters des Nationalen erhalten müssen. Mit dieser Zustimmung vorhoben, dann verpflichtet sich der Kaiser zu einer Verhandlung mit den Wählern einzutreten. Das ganze nennt sich "Basisfahrtvertrag". Mit dem und ist unterzeichnet: Max Mussolini und G

Gemeinde Schortens.

Der Schorsteiner Rat hat mehrere Vorstellen unterland, welche in diesem Herbst möglich geworden sind, anderweile zu verpacken. Gesellschaften und Vereine sind zu jedem 5. Freitag im Monat zum Gemeindebüro melden. Bedingungen liegen detailliert aus.

Gemeindebüro, 3. Jahr.

Oldenburger Anzeigenteil**Bleielerung der Brotsorten.**

Sei mich erneut darauf hingewiesen, daß nur solche Brotsorten von den Bäckereimastern mit Blei bleieleret werden dürfen, die am Tage der Bleielerung gültig sind. Auf Brotsorten, die bereits abgeholten sind, darf nicht mehr Blei bleieleret werden. Bäckereimaster, die diese Anordnung nicht befolgen, nach noch der geleglichen Verhüllungen des Betraut von Ratsbeamten entzogen werden.

Stadtmagistrat Oldenburg. Aus Oldenburg.

Gemeinde Ohmstedt.

Unentgeltliche Sprechstunden des Schüfflingsbüro für alle am Mittwoch, 20. November, nach 3 Uhr, in der Schule, Schulstrasse 10, stattfinden. Die Sprechstunde findet 2. und 4. Mittwoch im Monat.

Der Bürgermeister.

Oldenburger Sängerchor.

Sonntagsabend, den 2. Dezember, bei Krückeberg (zur Linde):

BALL

Anfang 7 Uhr.

Hierzu laden freundlich ein:
G. Krückeberg, Der Vorstand.

Centraltheater

Oldenburg, Hermannstr. 17

28. bis 30. November!

Ab heute bringen wir eine Auslese hochwertiger Qualitätslinien.

Es waren zwei Königskinder!

Ein Märchen in 6 Akten.

Karl de Vagt, Jaro Furt
Lotte Lorring, Tatjana Irrah.
Regie: Artur Günsberg.

Ich hatte ihn so lieb!

Ein modernes Liebedrama in 5 Akten mit Tatjana Pavlova.

Sie hat'n schlimmen Fimmel!

Ein originelles Lustspiel in 2 Akten.

Beginn an Wochentagen 11^½ und 8^½ Uhr, an Sonntagen 4^½ und 8^½ Uhr.

Der Saal ist gut geheizt!

Fahrräder können eingestellt werden.

Hamburger Fell-Einkaufsstelle
in Oldenburg

Wiederbaure . . . 4000 M.
für ganz lange besonders hohe Preise

Goldelefte 450 M., Rautenfelle 600 M., Kuhfelle 1000 M., Lammfelle 200 M., Schaffell 1200 M., Rindfelle 1000 M., Wildfelle 600 M., Pausch. 7000 M., Zitrill. 6300 M., Wilder 75000 M., Zitrill. 20000 M., Ziegenfelle 4000 M., sowie für alle anderen Sorten sehr Hamburger Lagerpreise.

Läufle auch gegen Leberloblien.

Hoffmann
Achterstraße 7, Laden.

Arbeiter! Aboanisiert die Republik!

Drucksachen und Plakate

Briefbogen und Kuverts
Rechnungsformulare
Kauf- und Verkaufsfürmular
Wechselformulare
Geschäftsfürmular
Postkarten
Mitteilungen
Zirkulare
Plakate in neuer u. modern.
Ausführung



Vereinsdrucksachen
Visitenkarten
Verlobungskarten
Hochzeitssachen
Einladungskarten
Glückwunschkarten
Trauerbriefe
Trauerkarten
Miet- und Lehrverträge
An- und Abmeldescheine

Paul Hug & Co., Rüstringen

*

Die neu
eröffnete

**Rüstringer Einkaufsstelle
für Edelmetalle**

zahlt die
höchsten Preise

— für —

**Platin-, Gold- u. Silber-
Bruch!**

Rüstringer Einkaufsstelle
für Edelmetalle
Wilhelmshav. Strasse
gegenüber dem
Adler-
Theater

Zu verkaufen

Kindergarten, Stuhr-
mann, Rothenstraße 48 II.

Gut erhalten [560]
Kinderpuppen wagen

mit Guummiladen, von
5 bis 7 Uhr zu verkaufen

Georgstraße 20 B. III r.

Sehr gute Zusammen-

gehörigkeit zu verkaufen

zu viele, in d. G. B. II.

Große Puppenküche und

Puppenküche und

Küchen. Tel. 8088

Küchen. Tel. 154. II r.

Zur Kenntnis genommen

und gekauft werden.

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

auch alles total verschlossen,

wurden zu höchsten

Tagesspreisen am-

gekauft nur

in der

Einkaufszentrale für Edel-

Metalle, Grenzstrasse 5.

Telephone 282.

Zum Kauf angeboten

und gekauft werden.

Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände. Uhren,

Ketten, Ringe, Bestecke, Zahne, Löffel,

alte Gebrauchs-, Schmuckstücke, wenn

a

